



Eröffnungsrede der Herbstmitgliederversammlung der Vorsitzenden Gabriela Custodis

15. November 2008 in Dortmund

Scheinbar wurde das Thema Bildung in den letzten Wochen aus den Schlagzeilen verdrängt. Die amerikanischen Präsidentschaftswahlen bewegten in erstaunlichem Maße die Menschen in NRW und die Welt-Finanzkrise offenbarte in der Gesellschaft ein tiefgreifendes Missverständnis im Umgang mit Geld und Wert. Es braucht nicht mehr, als sein Gehalt auf ein Girokonto überweisen zu lassen, um sich in das weltweite Finanzsystem einzuklinken. Auch bei den deutschen Bildungstiftungen wurden Millionen gemeinnützigen Kapitals vernichtet. Als Folge werden vor allem die kleineren Stiftungen vorsichtiger und Experten rechnen mit einem durchschnittlichen Rückgang der Fördersummen um bis zu 20 Prozent.

Davon betroffen sind vor allem z.B. Stipendien, Projekte mit außerschulischen Partnern, Ausstattungen von Schulen oder Auslandsaufenthalte für Schüler. Das geht direkt zu Lasten unserer Kinder.

Aber es geht nicht nur um finanzielle Verluste sondern um Werteverluste. Nachdenken über Ethik in wirtschaftlichem Handeln ist geboten. "No man is an island" versuchte schon John Donne im 17. Jahrhundert zu vermitteln und vertrat die Berücksichtigung von sozialen und ökologischen Kriterien. Die weltweiten Verbindungen durch das Internet in der heutigen Zeit ersetzen nicht den Ruf nach Werten als Grundlage des gesellschaftlichen Handelns von John Donne. Es wird für das Internet auch schon eine Ethik gefordert.

Aber eigentlich – und da rückt wieder die Bildungspolitik in den Blickpunkt – sollte Werteverziehung besonders in der Schule so nachhaltig vermittelt werden, dass Gier und Geiz keine Lebensziele mehr sind. Erziehung **und** Bildung sind gemäß Grundgesetz und Landesverfassung Auftrag der Schule und natürlich auch der Eltern. Es spricht nicht für unser aller Bildungsverständnis, dass diese Tatsache immer wieder erwähnt werden muss. Im angelsächsischen Raum gibt es für Bildung und Erziehung nur **ein** Wort, "education", und beides ist gemeint. In diesen Zusammenhang kann man die Diskussion über die Beurteilung des Arbeits- und Sozialverhaltens einordnen, das z.B. in England in ausführlichen Berichten bewertet wird.

Ich denke, es herrscht Konsens über durchaus positive Seiten der so genannten Kopfnoten:

1. Die Bereiche Arbeits- und Sozialverhalten sollen deutlich von den Fachnoten getrennt werden.
2. Es werden wichtige überfachliche Leistungen bewertet.
3. Die gesamte Konferenz beschließt die Noten, nicht ein einzelner Lehrer.
4. Für die Oberstufe wird in der neuen Verordnung eine Jahrgangsstufenkonferenz **vor** der Zulassung zum Abitur eingeführt, in der auch über die Kopfnoten beraten wird.

Es hat eine "positive Bewusstseinsbildung" durch die intensive öffentliche Diskussion stattgefunden, aber die gesetzlichen Vorschriften sorgten für Unklarheit und Widerspruch. Von Elternseite forderten wir klare Kriterien und eine intensive und umfassende Information der Schüler, die bisher nur in wenigen Schulen stattgefunden hat. Aber ich möchte jetzt dem Vortrag von Herrn Aldejohann zur neuen Regelung und auch Ihren Fragen und Einwänden nicht weiter vorgreifen.

Es darf in unseren Schulen nicht nur um reine Wissensvermittlung gehen. Aber diese Wissensvermittlung muss zumindest gesichert sein durch zuverlässige Versorgung der Schulen mit Fachlehrern. Die Stellen sind jetzt geschaffen worden, aber auf Grund verfehlter und fehlender Einstellungspolitik in der Vergangenheit ist die mittlere Lehrergeneration in den Schulen kaum vertreten und demnächst kommt eine große Pensionierungswelle auf uns zu. Junge Lehrer aus NRW wandern wegen besserer Bezahlung und höherer Altersgrenzen für die Verbeamtung in andere Bundesländer ab.

"Alles Wissen und alle Vermehrung unseres Wissens endet nicht mit einem Schlusspunkt, sondern mit Fragezeichen" (Hermann Hesse). Die **Fähigkeit** zur Aneignung von Kenntnissen muss in der Schule vermittelt werden, nicht festgelegte Inhalte und kurzlebige Prüfungswissen.

Die finanzielle Belastung für Bildungsausgaben bleibt allein bei den Ländern, obwohl Abhilfe vom Bund avisiert wurde. Die Bundeskanzlerin redete von "Bildungsrepublik" und berief einen Bildungsgipfel ein. Aber die Bewertung der Ergebnisse dieser Konferenz lässt sich ganz kurz zusammenfassen: "Als Tiger gestartet und als Bettvorleger geendet".

Aus Unzufriedenheit über die teilweise sehr schlechten Verhältnisse an öffentlichen Schulen verzeichnen Privatschulen einen regen Zuwachs. Für Eltern, die es sich leisten können, heißt es: "Ab nach Eton". Sorge bereitet den Eltern vor allem die Situation der Schüler, die sich mitten in ihrer Schulausbildung befinden und für die die neu beschlossenen Maßnahmen der NRW – Regierung nicht mehr greifen. Die neu bewilligten Ganztagschulen starten z.B. mit Klasse fünf und die flächendeckende Versorgung mit Verpflegung und Betreuung in der Mittagspause von Halbtagschulen gerät auch wegen der von den Gemeinden als schlecht beklagten Finanzlage vielerorts ins Stocken. Aus mehreren Städten und Gemeinden berichteten uns Eltern, dass die Schulträger die beantragten Ganztagschulen voll finanzieren und dass für die Ausstattung der übrigen Schulen dann die Mittel fehlen. Nach dem Erlass der Regierung ist dies so vorgesehen. Lieber Herr Aldejohann, ich hoffe, dass Sie das heute Nachmittag aufklären können!

Die Einrichtung von Ganztagschulen in allen Gemeinden ist von vielen Eltern gewünscht und dringend benötigt und diese Schulen sollen auch gut ausgestattet sein, um den Schülern einen sinnvollen Ganzttag zu bieten. Wir als LE fordern seit langem die Einführung von neuen pädagogischen Konzepten, um die Lernmotivation der Kinder zu fördern und z.B. durch Blockstunden und andere Rhythmisierung des Schultags das Lehren und Lernen attraktiv und effektiv zu machen. "Ganztagschule ist keine Halbtagschule mit Suppenausgabe und auch mehr als nur Unterricht" so Christiane v. Freeden auf der Jahrestagung der Westfälischen Direktorenvereinigung.

Aber wir fordern auch die lerngerechte Ausstattung der Halbtagschulen, die von dem anderen Teil der Eltern bevorzugt werden und fordern auch für diese Schulen neue pädagogische Konzepte, die im Rahmen der eigenverantwortlichen Schule möglich und nötig sind. Es gibt schon viele Schulen, die neue eigene Modelle vorbildlich in Angriff genommen oder auch

schon begonnen haben. Dort werden auch keine Klagen laut, dass die Schüler überlastet sind. Nicht hinnehmbar sind jedoch Zustände an Schulen, die mehrmals in der Woche siebte Stunden auf dem Stundenplan haben oder in verkürzten Pausen keine Mittagsverpflegung anbieten. Häufig weigern sich die Schulträger aus finanziellen Gründen, Mensa-Ausbau oder Catering zu ermöglichen. Aber Kinder brauchen eine Pause und ein qualitativ gutes Essen. Aber Qualität hat ihren Preis. Vielleicht kann eine Steuerbefreiung für die ausgegeben Essen den Schülern und Eltern helfen, so wie sie dem Studentenwerk für Mensamahlzeiten gewährt wird. Auch hiermit wende ich mich vertrauensvoll an Herrn Aldejohann, und wir bitten Sie, diese Möglichkeit zu überprüfen.

Doch das sind nicht die für Eltern wichtigsten Kritikpunkte an der Umsetzung der verkürzten Schulzeit. Immer noch hören wir Klagen über schlechten Unterricht und fragen uns, warum nicht in mehr Schulen von Möglichkeiten der Unterrichtsevaluation Gebrauch gemacht wird. An Schulen, in denen Schüler den Unterricht, ihr eigenes Lernverhalten und auch die Lehrer einschätzen können, sind die Erfolge bei den Lernleistungen deutlich sichtbar. Auch eine leistungsorientierte Vergütung der Lehrarbeit, wie sie das Institut der Deutschen Wirtschaft in Köln am Anfang dieser Woche vorgeschlagen hat, scheint mir Erfolg zu versprechen. Auswertungen der Lernleistungen erwarten uns am 18. November, wenn die Länderergebnisse der PISA -Studie bekannt gegeben werden. Auch wenn wir dann wieder mit einem bundesweiten Aufschrei und dem Ruf nach der Einheitsschule rechnen müssen, hoffen wir dennoch, dass uns eine erneute Diskussion über Schulstruktur erspart bleibt und die bestehenden Schulen ohne Existenzängste ihre Arbeit machen können. Das Gymnasium muss mit seinem durchgängigen Bildungsgang in 8 Jahren erhalten bleiben, um schon ab Klasse fünf die Begabungspotentiale der Kinder ausschöpfen zu können. Ziel der gymnasialen Ausbildung ist es, junge Erwachsene zu befähigen, einen Platz entsprechend ihrer Neigungen und Fähigkeiten in der Gesellschaft einzunehmen und später auch "in sozialer Verantwortung hoch qualifizierte Schlüsselpositionen in Wissenschaft, Politik, Kultur und Gesellschaft einzunehmen." (Frau Loos, Bundesdirektorenkonferenz)

"Erst wenn Wissen und Wertebewusstsein zusammenkommen, erst dann ist der Mensch fähig, verantwortungsbewusst zu handeln. Und das ist vielleicht das höchste Ziel von Bildung" (Horst Köhler). Mit Sicherheit ist das Gymnasium keine antiquierte ewig gestrige Schulform, sondern immer im Wandel, aber seine christlichen und humanistischen Bildungsziele stehen nicht zur Disposition. An dieser Stelle appelliere ich ausdrücklich an Herrn Prof. Pinkwart und die Landesregierung, die so genannten Demographiegewinne wirklich in den Schulen zu belassen, um kleinere Lerngruppen und die Gestaltung anderer Unterrichtsformen zu ermöglichen und nicht gleich Schulen zu schließen oder zusammenlegen.

Doch das Hauptthema Ihres Vortrags, sehr geehrter Herr Minister Prof. Pinkwart, ist „Erfolgreich Studieren in NRW“. Wir Eltern wissen, dass mehr als 80 % der Studienberechtigten aus NRW im Lande studieren. Die vielen guten Universitäten, die alle ein bestimmtes Einzugsgebiet haben und für die meisten relativ leicht zu erreichen sind, laden geradezu dazu ein. Aber schon seit Jahren sind einige Universitäten überfüllt, die Zahl der Bewerber um einen Studienplatz steigt stetig und der Höhepunkt des Ansturms wird im Jahre 2013, dem Jahr des doppelten Abiturjahrgangs erwartet.

Die Prognose der Zahlen wird stetig von Ihrem Ministerium und von Institutionen wie dem CHE und dem HIS nach oben korrigiert und wir Eltern fordern schon seit einiger Zeit ausreichende Maßnahmen, um allen Studierwilligen einen Studienplatz anzubieten zu können und so von der höheren Anzahl der Studenten zu profitieren und eine höhere Anzahl von Absolventen zu erreichen. Wir hegen Zweifel, dass die von den Ministerien den Hochschulen ange-

botenen leistungsorientierten Mittel ausreichen, um die Hochschulen dazu zu veranlassen, die Lehre und die Betreuung der Studenten zu verbessern. Die in NRW erhobenen Studiengebühren könnten auch zur Verbesserung der Situation beitragen, wenn diese Mittel in vollem Umfange der Lehre und den Studenten zugute kämen. Auch die zur Entspannung der Situation vorgeschlagenen drei Wege für Studenten: go flexible, go east, go abroad halten wir für nicht sehr Erfolg versprechend, auch wenn vorher die Klassen – und Kursfahrten nach Vorschlag des Schulministeriums verstärkt in den Osten gehen sollen.

Besonders wichtig zur Orientierung der Studenten und zur richtigen Studienwahl ist die vielfältige und umfassende Information der Studienanwärter noch in der Schulzeit, und da sind auch wir Eltern gefragt.

Aber nun sind Sie gefragt, wie Sie als zuständiger Minister die Situation einschätzen und auch lösen wollen.

Sehr geehrter Herr Prof. Pinkwart, wir freuen uns auf Ihren Vortrag!